

Institutionen politischer Bildung

1. Struktur

Das Weiterbildungssystem bietet auch im Feld der Institutionen politischer Bildung (→ Politische Bildung) ein differenziertes Bild, dessen Struktur nicht leicht zu beschreiben ist. Mit einigem Recht ist jedoch zu unterscheiden zwischen Institutionen des *staatlichen Bereiches* und des *Bereiches gesellschaftlicher Träger* (G. Lange).

2. Bereich staatlicher Träger

Auf Bundesebene treten Ministerien sowohl als Träger wie auch als (finanzielle) Förderer politischer Bildung auf. Dies reicht von der Zuschußgewährung für andere Träger über die Publikation eigener

Schriften bis hin zur Organisation eigener Bildungsmaßnahmen. Darüber hinaus werden zum Teil im Rahmen eigener Forschungsinstitute (Gesamtdeutsches Institut) Grundlagen für die Ausarbeitung weitergehender Maßnahmen geschaffen. Eine besondere Rolle spielt dabei die Bundeszentrale für politische Bildung, die sich im wesentlichen an Mittler politischer Bildung richtet. Die Bundeszentrale (1952 als »Bundeszentrale für Heimatdienst« errichtet) hat die Aufgabe, durch »Maßnahmen der politischen Bildung im deutschen Volk das Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewußtsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken« (Erlaß des Bundesministers des Innern über die Bundeszentrale für politische Bildung 1974).

Ihre Aufgaben nimmt die Bundeszentrale sowohl durch die Verbreitung von Medien (»Das Parlament« mit der Beilage »Aus Politik und Zeitgeschichte«; Buchpublikationen, Broschüren, Filme etc.) als auch durch die Bezuschussung bzw. Durchführung von Studientagungen insbesondere für »Multiplikatoren« politischer Bildung wahr. Der (parlamentarisch kontrollierten) Bundeszentrale entsprechen auf der Landesebene die im Einzelfall recht unterschiedlich ausgestatteten Landeszentralen für politische Bildung.

Einen gewichtigen Faktor politischer Bildung stellen im quartären Sektor staatlichen Bildungswesens die Volkshochschulen dar, deren Anteil politischer Bildung jedoch mit zwei bis vier Prozent nur einen geringen Teil des Gesamtumfanges ihrer Bildungsarbeit ausmacht. Indes ist hier darauf hinzuweisen, daß im Rahmen beruflicher und kreativer Bildung häufig »versteckte« Anteile politischer Bildung zu finden sind. Konzepte wie die (→) Synthese politischer und beruflicher Bildung weisen darüberhinaus auf weitere Arbeitsbereiche hin, die statistisch mitunter nur unzureichend auszuweisen sind. Ferner wird in regional unterschiedlicher Weise ein Teil der politischen Bildung der Volkshochschulen in Kooperation mit »Arbeit und Leben« (→ Plurale Struktur) erbracht, eine gemeinsame Bildungsorganisation der Volkshochschulen und des DGB. (→ Gewerkschaftliche Bildungsarbeit.)

3. Bereich gesellschaftlicher Träger

Im Bereich gesellschaftlicher Träger bestimmt ein äußerst differenziertes Spektrum den Charakter politischer Bildung in der Bundesrepublik. Hier sind vor allem die *Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke* und der *Arbeitskreis Deutscher Bildungsstätten* zu nennen. Mitgliederorganisationen sind zumeist selbständige Einrichtungen der politischen Weiterbildung, die ihre Bildungsmaßnahmen häufig in Heimvolkshochschulen, in Tages- und Abendform organisieren. Der Umfang und die Art der Maßnahmen im einzelnen ist von gesetzlichen Regelungen (EB-Gesetze, Bildungsurlaubsgesetze) von

Bundesland zu Bundesland verschieden (→ Rechtliche und finanzielle Grundlagen der Weiterbildung). Darüberhinaus sind überregionale Zusammenschlüsse gruppengebundener Erwachsenenbildung wie etwa die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (→ Katholische EB), die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (→ Evangelische EB) oder spezielle Organisationen der Gewerkschaften, Berufsverbände und der Wirtschaft zu nennen.

War bisher die Rede von Institutionen, die sich der allgemeinen politischen Bildung widmen, so sind strukturell Institutionen mit eingegrenzten Aufgaben politischer Bildung davon zu unterscheiden. Hierzu gehören etwa Institutionen, die sich auf Fragen der europäischen Einigung beziehen (etwa: Europäische Akademien) ebenso wie Institutionen, die im Zeichen der Völkerverständigung gegründet wurden (etwa: Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit).

4. Parteistiftungen

Schließlich sind noch die Stiftungen der politischen Parteien zu erwähnen, die einen Teil der gesetzlich verankerten Aufgaben der Parteien zur Mitwirkung an der politischen Meinungsbildung wahrnehmen. Zu nennen sind hier die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Friedrich-Naumann Stiftung, die Hans-Seidel-Stiftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung, welche den in den Bundestag vertretenen Parteien SPD, FDP und CSU und CDU zuzuordnen sind. Diese gestalten ihre Aufgaben sowohl in zentralen als auch dezentralen Seminaren und Fachkonferenzen sowie durch die Verbreitung eigener Buchpublikationen und Zeitschriften. Darüberhinaus nehmen sie zum Teil auch Forschungsaufgaben und Aufgaben der politischen Bildung gegenüber dritten Ländern wahr. Die Aktivitäten der parteinahen (aber prinzipiell öffentlich zugänglichen) Institutionen sind im vergangenen Jahrzehnt erheblich angestiegen, wie man etwa am Umfang der Steigerung der Bundeszuschüsse von 9 auf 230 Mio. DM in den Jahren 1967 bis 1976 ablesen kann. Auch die Zahl der Mitarbeiter der Stiftungen (1975: insgesamt ca. 1000) zeigt, daß es sich um Organisationen handelt, die einen wesentlichen Faktor für die »Vitalisierung des Parteiensystems« (von Vieregge) darstellen. Dabei ist den Stiftungen – insgesamt gesehen – gegenüber ihren Parteien durchaus ein eigenes Gewicht zuzumessen, das diese von Zeit zu Zeit in Konfliktsituationen mit den jeweiligen Parteiorganisationen bringen kann.

5. Institutionen politischer Bildung und politisches System

Im Resümee ist festzustellen, daß die Struktur der Institutionen politischer Bildung in der Bundesrepublik der pluralen Struktur des Weiterbildungssystems insgesamt entspricht, wobei die Geschichte der politischen Bildung in Deutschland sowohl auf die strukturelle Ausprägung (Orientierung am politischen System) als auch auf die politisch-pädagogische Praxis (Einbeziehung in die wissenschaftliche Diskussion von Konzeptionen politischer Bildung) für die Qualität der politischen Bildung charakteristisch ist. Ihre Funktion ist dabei in erster Linie die Beschaffung von Loyalität gegenüber dem politischen System, das sich vor dem Bürger zu legitimieren hat; in diesem Rahmen sind die Institutionen politischer Bildung gleichermaßen dem Spannungsverhältnis ausgesetzt, das sich zwischen den Lernvoraussetzungen, Zielen, Inhalten und Methoden einerseits und den politisch dominanten Einflüssen auf die Bildungsinstitutionen andererseits ergibt. Dieses Spannungsverhältnis äußert sich häufig in den Bereichen der (→) Programmplanung und (→) Veranstaltungsplanung, der Rekrutierung von haupt- und nebenberuflichem (→) Weiterbildungspersonal sowie im Prozeß der Sanktionierung des Programmes durch die institutionell zuständigen Organe (etwa: Kuratorien, Beiräte, EB-Ausschüsse etc.).

Literatur

Lange, G.: Vademecum der politischen Bildungsarbeit. Bonn-Bad Godesberg 1977. – *von Vieregge, H.*: Parteistiftungen. Baden-Baden 1977.

Gernot Graeßner